

Herausforderung Alleinstellungsmerkmale

Ein Beitrag zur Strategiedebatte von Dietmar Pellmann und Susanne Schaper

Das Kernthema soziale Gerechtigkeit

Jede Partei, insbesondere aber DIE LINKE, muss sich im Interesse ihrer eigenen Existenzberechtigung fragen, was sie von anderen Parteien unterscheidet und welche Bevölkerungsteile sie vor allem erreichen und ansprechen möchte. Für den „Gebrauchswert“ einer Partei hat sich in der letzten Zeit bei den LINKEN der Begriff „Alleinstellungsmerkmale“ etabliert.

Inzwischen wird dieser Begriff allerdings immer öfter inflationär gebraucht, ohne dass ausreichende Klarheit über seinen Inhalt bestünde oder überzeugende Bestimmungskriterien im Blickfeld wären. Gerade letzteres ist aber für die Festlegung der Strategie und davon abgeleiteter politischer Handlungsschwerpunkte unerlässlich. Deshalb nachfolgend einige Überlegungen als Diskussionsangebot:

Einige Kriterien für Alleinstellungsmerkmale

Alleinstellungsmerkmale lassen sich ebenso wenig wie Wechselstimmungen bei Wählerinnen und Wählern lediglich herbeireden. Und einfach am grünen Tisch ausdenken lassen sie sich ohnehin nicht. Vielmehr basieren sie zunächst auf einer gründlichen Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und müssen zumindest an Alltagserfahrungen und wesentliche Interessen der Menschen anknüpfen. Dabei gilt das Prinzip: Je konkreter und verständlicher, desto eher kann dies zu einer Mobilisierung von potentiellen Wählerinnen und Wählern führen. Allgemeine Losungen und Forderungen sind stattdessen weder wirksam noch hilfreich.

Für DIE LINKE kann es nicht darum gehen, es allen recht machen zu wollen, zumal die gegenwärtige kapitalistische Gesellschaft durch eine tiefe soziale Spaltung, verbunden mit entsprechenden Interessengegensätzen, geprägt ist. Daher muss sich DIE LINKE an jene Zielgruppen wenden, in deren objektivem Interesse tiefgreifende politische Veränderungen im Sinne von sozialer Gerechtigkeit liegen, selbst wenn sich die Betroffenen, insbesondere Benachteiligte und Ausgegrenzte, selbst nicht mehr durch Parteien vertreten sehen, was sich in dramatisch sinkender Wahlbeteiligung ausdrückt. Dabei kann DIE LINKE die notwendigen Veränderungen allein nicht bewirken. Und auch Bündnisse mit anderen Parteien links der CDU sind überhaupt nur dann möglich und sinnvoll, wenn sie durch außerparlamentarische Bewegungen und Initiativen vorbereitet und gefördert werden. Deshalb ist die (stärkere) Verankerung der LINKEN in Gewerkschaften, Sozialverbänden, Arbeitsloseninitiativen oder Bürgervereinen vor Ort nicht nur hilfreich, sondern zwingend geboten. Gerade hier hat sich in den letzten Jahren im sächsischen Landesverband der LINKEN ein teilweise erhebliches Defizit entwickelt, dessen Ursachen sowohl in einer teilweisen Abkehr von früheren strategischen Orientierungen als auch in schwindenden personellen Ressourcen hatten.

Alleinstellungsmerkmale der LINKEN sind nie statisch, sondern haben sich Veränderungen anzupassen. So war unsere Partei zwar die erste, die einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn forderte, aber inzwischen diese Forderung präzisieren muss, weil das Erreichte bestenfalls ein erster Schritt in die richtige Richtung sein kann. Vielmehr geht es um einen

Mindestlohn, der armutsfest sein muss, was die 8,50 Euro bekanntlich nicht sind; und Widerstand ist gegen zahlreiche Ausnahmeregelungen zwingend erforderlich. Gerade der jahrelange Kampf um den gesetzlichen Mindestlohn hat eine wesentliche Erfahrung erhärtet: Wer etwas durchsetzen will, braucht Geduld und einen langen Atem. Selbst wenn sich Erfolge nicht sofort einstellen, muss gerade DIE LINKE an ihren ureigenen Themen festhalten und darf ihren Kurs nicht an medienträchtigen Schlagzeilen des Alltags ausrichten. Zudem ist nicht jede programmatische Forderung der LINKEN zugleich ein Alleinstellungsmerkmal, weil es durchaus Schnittmengen mit anderen Parteien geben kann. So können wir beispielsweise nicht für uns in Anspruch nehmen, die einzige Partei zu sein, die gegen Neofaschismus oder Ausländerfeindlichkeit agiert.

Alleinstellungsmerkmale lassen sich nur aus der Konkurrenz zu anderen Parteien ableiten und darstellen. Dass sich DIE LINKE prinzipiell auch in Sachsen von CDU oder FDP unterscheidet und dass es zu diesen Parteien auch keine programmatischen Schnittmengen gibt, ist daher für den Ausweis von Alleinstellungsmerkmalen irrelevant. Deshalb kann es nur um den Vergleich mit der SPD und in Teilaspekten mit den Grünen gehen, selbst wenn das genau jene Parteien sind, mit denen auch in Sachsen eine Regierungskoalition überhaupt denkbar wäre. Über eine Regierungskoalition, das belegt Thüringen als jüngstes Beispiel, kann aber erst im Ergebnis der Wahlen entschieden werden. Bis dahin muss DIE LINKE bei den Wählerinnen und Wählern um Zustimmung zu ihrem unverwechselbaren Profil werben, anstatt im vorausgehenden Gehorsam eventuelle Kompromisse, die sich in späteren Koalitionsverhandlungen ergeben könnten, bereits im Wahlprogramm zu verankern.

Wenn es um Alleinstellungsmerkmale geht, muss gerade aus sächsischer Sicht noch auf ein anderes Problem, das oft zu Verunsicherung führt, hingewiesen werden. Wie verhalten wir uns zu Themen, die oft fast wortgleich etwa von NPD oder jüngst der AfD aufgegriffen werden? So hat sich die NPD über Jahre im Sächsischen Landtag gerade sozialpolitischer Themen bedient, die bis heute zu den Schwerpunkten der LINKEN gehören. Hätten wir deshalb auf parlamentarische Initiativen gegen die Hartz-IV-Regelungen, für ein Landesbeschäftigungsprogramm, für die Herstellung der Renteneinheit oder für ein Armutsbekämpfungskonzept verzichten sollten? Wohl kaum! Vielmehr haben wir uns stets öffentlich mit der NPD auseinandergesetzt. Die dabei gewonnenen Erfahrungen könnten auch im Umgang mit der AfD hilfreich sein, selbst wenn es zwischen diesen Parteien durchaus Unterschiede gibt.

Alleinstellungsmerkmale der LINKEN lassen sich nicht ausschließlich auf ein Bundesland begrenzen. Dies verbietet schon der nationale und internationale Gestaltungsanspruch unserer Partei. Insbesondere bei sozialpolitischen Themen werden die gesetzlichen Rahmenbedingungen fast ausschließlich vom Bund gesetzt, während sich die Kompetenz der Bundesländer meist lediglich auf die Festlegung von Ausführungsbestimmungen beschränkt. Außerdem unterscheiden die Menschen vor Ort gerade bei sozialpolitischen Themen nicht, ob dafür gesetzgeberisch der Bund oder das Land zuständig sind. Deshalb muss von unserem Landesverband und vor allem von seiner Landtagsfraktion auch künftig erwartet werden, dass sie sich nicht nur zu allen relevanten sozialpolitischen Themen äußern, sondern auch aktiv im Sinne von Veränderungen eingreifen.

Bei Alleinstellungsmerkmalen geht es natürlich vordergründig um politische Inhalte. Dennoch darf nicht unterschätzt werden, dass Inhalte von Personen vertreten und transportiert werden müssen. Deshalb ist es durchaus nicht zu weit hergeholt, von personellen Alleinstellungsmerkmalen zu sprechen, also darüber, welche Personen bei Wählerinnen und Wählern und später auch in der Auseinandersetzung in Parlamenten überzeugend mit den jeweiligen Alleinstellungsinhalten im Zusammenhang gebracht werden können.

Im Gründungsaufwurf des Liebknecht-Kreises Sachsen wurden insgesamt acht potentielle Alleinstellungsmerkmalbereiche der sächsischen LINKEN angedeutet. Dabei war klar, dass es sich hier nur um erste Ansätze handeln konnte, zugleich aber der Anspruch besteht, daran weiter konzeptionell zu arbeiten. Wie dies im Einzelnen vollzogen werden könnte, wird nachfolgend am zweiten im Gründungsaufwurf genannten Alleinstellungsmerkmal, bei dem es um das Thema soziale Gerechtigkeit sowie die Umverteilung von oben nach unten geht, gezeigt. Dabei lassen sich zu allen Teilbereichen des Ringens um soziale Gerechtigkeit Alleinstellungsmerkmale der LINKEN ableiten. Nachfolgend allerdings nur einige Beispielbereiche, weil Vollständigkeit den Rahmen dieses Beitrages sprengen würde:

Ganzheitliches Herangehen

DIE LINKE sollte sich von den anderen Parteien dadurch unterscheiden, dass das Ringen um soziale Gerechtigkeit ein ganzheitliches Herangehen im Sinne grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen erfordert, es damit nicht nur um kleine Verbesserungen im Alltag gehen kann, wie sie durchaus auch von der SPD angestrebt werden. Wenn wir nicht zu einschneidenden Wandlungen bei der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums kommen, wird es einen wirklichen Politikwechsel in Interesse der Mehrheit der Bevölkerung, aber vor allem der Benachteiligten und Ausgegrenzten geben.

Im parlamentarischen Alltag dürfen wir uns bei unserem notwendigen ganzheitlichen Gestaltungsansatz nicht auf ausschließlich sozialpolitische Fachthemen, wie sie etwa im zuständigen Ministerium vertreten werden, abdrängen und einengen lassen. Vielmehr brauchen wir auch bei unseren eigenen Initiativen eine Art Kontrollmechanismus. Es ist stets zu fragen, welche konkreten Auswirkungen es auf die verschiedenen Lebenslagen der Menschen geben kann.

Dafür einige Beispiele:

- Bei den Auswirkungen und Kosten der notwendigen Energiewende muss verhindert werden, dass insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen oder auf Sozialleistungen Angewiesene überdurchschnittlich belastet werden.
- Bei der berechtigten Forderung nach gesunder Ernährung ist immer auch zu fragen, ob sich diese alle auch finanziell leisten können.
- Im Bildungswesen müssen notwendige Veränderungen stets beachten, ob damit die Chancen aller erhöht werden.

Hartz IV

DIE LINKE bleibt die einzige im Bundestag und im Sächsischen Landtag vertretene Partei, die den Hartz-IV-Regelungen von Anfang an Widerstand entgegengebracht und diesen Kurs bis zum heutigen Tag durchgehalten hat. Dagegen haben SPD und Grüne Hartz IV nicht nur als damalige Regierungsparteien zu verantworten, sondern sind bis heute von diesem Kurs nicht

wirklich abgerückt. Nicht nur weil sich unsere Vorhersage bestätigt hat, dass Hartz IV Armut per Gesetz ist, muss DIE LINKE sich auch künftig dafür einsetzen, dass Hartz IV durch aktive arbeitsmarktpolitische Förderung, insbesondere für Langzeitarbeitslose, ersetzt wird. So lange es dafür keine Mehrheiten gibt, können Initiativen zur Linderung der schlimmsten Auswirkungen von Hartz IV hilfreich sein, ohne dass sie aber unsere Generallinie zur Rückabwicklungen der entsprechenden Regelungen ersetzen können.

Rentenregelungen

DIE LINKE hat auch in Sachsen seit Jahren zahlreiche Initiativen ergriffen, um zu mehr Rentengerechtigkeit und vor allem zur Abwendung von Altersarmut zu kommen. So sind wir die Einzigen, die das - vor allem unter Federführung der SPD eingeführte - Renteneintrittsalter 67 wieder rückgängig machen wollen. Ebenso wollen wir die Überschüsse in der gesetzlichen Rentenversicherung in einer Demografiereserve anlegen, anstatt die Beiträge zu senken oder eine eigentlich aus Steuermitteln zu bestreitende Mütterrente aus der Rentenkasse zu finanzieren. Und schließlich setzt sich DIE LINKE seit Jahr und Tag für die Herstellung der deutschen Renteneinheit ein und erweist sich damit als konsequenteste Vertreterin ostdeutscher Interessen.

Gesundheitswesen

Schon vor 15 Jahren hat DIE LINKE im Sächsischen Landtag vor drohendem Pflegenotstand und Ärztemangel gewarnt. Unsere damaligen Vorschläge wurden ignoriert oder zurückgewiesen. Auch als die SPD von 2004 bis 2009 in der Staatsregierung vertreten war, hat sich daran kaum etwas geändert, so dass viel Zeit ungenutzt verstrichen ist und unsere damaligen Vorschläge bis heute viel zu zögerlich aufgegriffen werden.

Ähnlich ist es bei der Zukunftsgestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung. Auch hier liegt unser Konzept seit langem vor. Selbst wenn man zwischenzeitlich den Eindruck haben konnte, dass etwa auch die SPD eine Bürgerversicherung anstrebt, scheint dies immer nur dann der Fall zu sein, wenn sie sich gerade in der Opposition befindet. Schon unter Bundeskanzler Gerhard Schröder hätte es eine entsprechende Neugestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung und eine Abschaffung der privaten Krankenversicherung als zweite Säule geben können. Und nun, wo sie wieder in den Regierungen in Bund und Land angehört, ist nichts in Richtung auf die Bürgerversicherung im Gesundheitswesen in Sicht. So bleibt diese Forderung das Alleinstellungsmerkmal der LINKEN, von dem sie auch nicht abrücken darf. Das schließt u. E. den Übergang zu einer gesetzlichen Einheitskasse ein.